

004 K 001/23



## **AMTSGERICHT BORKEN**

### **BESCHLUSS**

**Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am**

**Freitag, 26. April 2024, 10.00 Uhr,  
im Amtsgericht Borken, Heidener Str.3, Erdgeschoss, Saal 6**

das im Velen Blatt 881 eingetragene bebaute Grundstück (Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung zzgl. Nebengebäude und Garage)

*Grundbuchbezeichnung:*

BV-Nr. 8:

Gemarkung Velen-Dorf, Flur 1, Flurstück Nr. 1592, Gebäude- und Freifläche, Volbertskamp 26, Größe: 574 qm

versteigert werden.

Laut Wertgutachten:

Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung (1-geschossig, teilunterkellert, Baujahr ca. 1950) zzgl. Nebengebäude (Baujahr ca. 1958) und Garage (Baujahr ca. 1985); Wohnfläche ca. 115 qm zzgl. Treppenhaus; Grundstücksgröße: 574 qm; eine Innenbesichtigung fand nicht statt; die Haustechnik ist nicht bekannt.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 13.02.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 164.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Antragsteller widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Borken, 21.02.2024